



Aktuell

Umzug der Geschäftsstelle Karlsruhe

Am Donnerstag, den 3. April 2014, wird die Geschäftsstelle Karlsruhe in neue, zentral gelegene Räumlichkeiten umziehen. Daher werden Ihre Ansprechpartner dort am 3. April 2014 ab 10:00 Uhr nicht mehr telefonisch, per Fax und per E-Mail erreichbar sein. Bitte wenden Sie sich mit dringenden Anliegen an die Geschäftsstelle Stuttgart unter der Rufnummer 0711.62902-0, E-Mail: bfsstuttgart@sozialbank.de. Ab Montag, den 7. April 2014, sind Ihre Kundenberater in Karlsruhe wieder unter den gewohnten Rufnummern für Sie erreichbar.

Die neue Adresse der Geschäftsstelle Karlsruhe ist:

Ludwig-Erhard-Allee 6
76131 Karlsruhe

Postsendungen können Sie wie bisher an das Postfach 1440, 76003 Karlsruhe richten.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Geschäftsstelle Karlsruhe freuen sich auf Ihren Besuch am neuen Standort!

Neu: BFS-Info als pdf per E-Mail

Seit Anfang des Jahres können Sie die **BFS-Info** auch als pdf-Attach einer E-Mail beziehen. Wenn Sie dies möchten, teilen Sie bitte Ihrer BFS-Geschäftsstelle die E-Mail-Adresse mit, an die die **BFS-Info** gesendet werden soll. Wenn Sie das gedruckte Exemplar künftig zusätzlich weiter beziehen möchten, bitten wir ebenfalls um einen Hinweis.

Inhalt

Aktuelle wirtschaftliche Entwicklungen

- Bericht über die konjunkturelle Entwicklung 3

Aktuelles aus dem Kreditgeschäft

- Günstige Zinsen für morgen sichern: BFS-Forwarddarlehen 4

BFS Aktuell

- Vortragsveranstaltungen im April 2014 4
- Fachtagung: Steuerung von Krankenhäusern 5
- 4. Ökumenischer Stiftungstag 6
- ALTENPFLEGE 2014 6
- 50 Jahre Aktion Mensch 6
- Stiftungssektor wächst weiter 6
- Aktuelle BFS-Publikationen 7

Mit uns

- Qualität in der Pflege – was ist das? 8

Europa und Sozialwirtschaft

- Neuregelung der EU-Berufsamerkenungsrichtlinie in Kraft getreten 9

BFS Service GmbH

- Seminar: Wohnen im Alter – Alternative zur stationären Pflege 10
- Seminar: Planspiel Balanced Scorecard –
Entwicklung eines individuellen Steuerungssystems für NPO 10
- Seminar: Die Mitbestimmung des Betriebsrates im Tendenzbetrieb 11
- Seminartermine 12

Aktueller Fachbeitrag

- Eine Million Bauherren gesucht – für den Bau der ersten
vollumfassend behindertengerechten Sporthalle in Deutschland
Autoren: Thomas Eisenreich / Hanka Nagel 13

Zentrale

50668 Köln
Wörthstraße 15-17
Tel. 0221.97356-0
bfs@sozialbank.de

10178 Berlin
Tel. 030.28402-0
bfsberlin@sozialbank.de

B-1040 Brüssel
Tel. 0032.2280277-6
bfsbruessel@sozialbank.de

01097 Dresden
Tel. 0351.89939-0
bfsdresden@sozialbank.de

99084 Erfurt
Tel. 0361.55517-0
bfserfurt@sozialbank.de

45128 Essen
Tel. 0201.24580-0
bfsessen@sozialbank.de

22297 Hamburg
Tel. 040.253326-6
bfshamburg@sozialbank.de

30177 Hannover
Tel. 0511.34023-0
bfshannover@sozialbank.de

76135 Karlsruhe
Tel. 0721.98134-0
bfskarlsruhe@sozialbank.de

34117 Kassel
Tel. 0561.510916-0
bfskassel@sozialbank.de

50678 Köln
Tel. 0221.97356-0
bfskoeln@sozialbank.de

04109 Leipzig
Tel. 0341.98286-0
bfsleipzig@sozialbank.de

39106 Magdeburg
Tel. 0391.59416-0
bfsmagdeburg@sozialbank.de

55116 Mainz
Tel. 06131.20490-0
bfsmainz@sozialbank.de

80335 München
Tel. 089.982933-0
bfsmuenchen@sozialbank.de

90402 Nürnberg
Tel. 0911.433300-611
bfsnuernberg@sozialbank.de

18055 Rostock
Tel. 0381.1283739-860
bfsrostock@sozialbank.de

70174 Stuttgart
Tel. 0711.62902-0
bfsstuttgart@sozialbank.de

www.sozialbank.de

Impressum:

Verlag/Herausgeber:
Bank für Sozialwirtschaft AG
Wörthstraße 15-17
50668 Köln

Vorstand:
Prof. Dr.
Rudolf Hammerschmidt
(Vorsitzender)
Dietmar Krüger

Aufsichtsratsvorsitzender:
Prof. Dr. Friedrich Vogelbusch

Redaktion (v. i. S. d. P.):
Stephanie Rüth
Telefon 0221.97356-210
Telefax 0221.97356-479
s.rueth@sozialbank.de

Satz/Druck:
Theissen Medien Gruppe
GmbH & Co. KG
Am Kieswerk 3
40789 Monheim

ISSN 2196-3711



Die BFS-Information ist eine monatlich erscheinende, kostenlose Informationsschrift für Kunden und Freunde der Bank für Sozialwirtschaft AG. Nachdruck, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet; zwei Belegexemplare werden erbeten an: BFS Köln, Redaktion Info.

Aktuelle wirtschaftliche Entwicklungen

Bericht über die konjunkturelle Entwicklung

Die Konjunktur in Deutschland hat ihren moderaten Wachstumskurs zum Jahresende 2013 fortgesetzt. Während die Wirtschaftsleistung zu Beginn des letzten Jahres infolge der schwierigen weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen sowie des ungewöhnlich lange andauernden Winters noch stagnierte, konnten ab dem zweiten Quartal wieder positive Zuwachsraten beim Bruttoinlandsprodukt erzielt werden. Im Jahresendquartal lag der Zuwachs des BIP gegenüber dem Vorquartal bei 0,4 Prozent.

Ausschlaggebend für den Anstieg der Wirtschaftsleistung zum Jahresende 2013 war der Außenhandel. Im Gegensatz zu den Vorquartalen stiegen die Exporte von Waren und Dienstleistungen sehr viel stärker als die Importe. Hinzu kamen steigende Investitionen in Ausrüstungen und Bauten. Demgegenüber verharrten die staatlichen Konsumausgaben auf dem Niveau des Vorquartals, die privaten Konsumausgaben lagen sogar geringfügig darunter. Die Perspektiven der deutschen Wirtschaft für das laufende Jahr werden momentan als äußerst positiv eingeschätzt. Mit der sich abzeichnenden Belebung des weltwirtschaftlichen Umfeldes dürfte das Expansionstempo der deutschen Wirtschaft im Jahresverlauf 2014 weiter anziehen. Aktuelle Prognosen erwarten eine Steigerung der Wirtschaftsleistung zwischen 1,5 und 2,0 Prozent. Dies setzt aber unter anderem voraus, dass die bestehenden Risiken, z. B. ein Aufflammen der Schuldenkrise im Euroraum, nicht schlagend werden.

Der Arbeitsmarkt zeigt sich weiterhin in einer guten Grundverfassung und bildet damit eine gute Stütze für die Binnenkonjunktur. Zwar ist die Arbeitslosigkeit von Dezember 2013 auf Januar 2014 um 263.000 auf 3.136.000 gestiegen (Arbeitslosenquote 7,3 Prozent). Diese Erhöhung ist aber auf saisonale Gründe zurückzuführen und fiel zudem schwächer aus als in den vergangenen Jahren.

Treibende Kraft für die positive Entwicklung ist, wie schon seit geraumer Zeit, vor allem die deutliche Zunahme der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung in den Branchen Wirtschaftliche Dienstleistungen (ohne Arbeitnehmerüberlassung) sowie Gesundheits- und Sozialwesen.

Dabei gestaltet sich die Besetzung offener Stellen gerade für Organisationen bzw. Unternehmen aus dem Bereich des Gesundheits- und Sozialwesens als sehr schwierig. Nach einer aktuellen Analyse der Bundesagentur für Arbeit hat sich die Situation im Dezember 2013 gegenüber der letzten Untersuchung im Juni 2013 nicht wesentlich verbessert. In den Gesundheits- und Pflegeberufen zeigten sich nach wie vor deutliche Mangelsituationen in nahezu allen Bundesländern. So kamen z. B. im Bundesdurchschnitt auf 100 gemeldete Stellen für examinierte Altenpflegefachkräfte im Dezember 2013 rechnerisch nur 39 Arbeitslose; im Juni waren es 36 Arbeitslose. Die Vakanzzeit von Stellenangeboten von examinierten Altenpflegefachkräften lag im Dezember 2013 mit bundesdurchschnittlich 131 Tagen rund 56 Prozent über dem Durchschnitt aller Berufe auf der Ebene der Fachkräfte und Spezialisten.

Ein Grund für den Fachkräftemangel im Gesundheits- und Sozialwesen ist unter anderem die geringe Attraktivität vieler Berufe in diesem Bereich infolge niedriger Verdienstmöglichkeiten. Im dritten Quartal 2013 lag beispielsweise der durchschnittliche Bruttomonatsverdienst von vollzeit- und teilzeitbeschäftigten Arbeitnehmern im statistischen Wirtschaftsbereich Gesundheits- und Sozialwesen mit 2.676 Euro deutlich unter dem Durchschnitt im produzierenden Gewerbe und Dienstleistungsbereich mit 3.180 Euro. Wesentlich niedrigere Verdienstmöglichkeiten bestanden im Durchschnitt lediglich in den Wirtschaftsbereichen Gastgewerbe und Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen (z. B. Wach- und Sicherheitsdienst).

Günstige Zinsen für morgen sichern: BFS-Forwarddarlehen

Haben Sie ein konkretes Finanzierungsvorhaben, das Sie in naher Zukunft realisieren möchten? Planen Sie eine Anschlussfinanzierung für Ihr laufendes Darlehen? Rechnen Sie mit steigenden Zinsen? Dann sichern Sie sich jetzt mit einem **BFS-Forwarddarlehen** die aktuellen Konditionen für Ihr Darlehen – und nehmen Sie es erst zu einem späteren Zeitpunkt in Anspruch! Ihren Abruftermin stimmen Sie mit Ihrem Kundenberater ab.

Die folgenden Beispiele zeigen Ihnen, wie die Vereinbarung eines **BFS-Forwarddarlehens** praktisch umgesetzt wird:

Bei einem bestehenden Darlehen:

Die Zinsfestschreibung für Ihr Darlehen bei uns läuft am 30. September 2016 aus. Sie rechnen damit, dass bis zu diesem Zeitpunkt die Darlehenszinsen höher sein werden als heute. Am 1. April 2014 treffen Sie daher mit Ihrem Kundenberater eine neue Zinsvereinbarung, die ab 1. Oktober 2016 wirksam werden soll.

Bei einem neuen Darlehen:

Sie möchten zum 1. April 2017 ein neues Darlehen bei uns in Anspruch nehmen oder das Darlehen einer anderen Bank mit auslaufender Zinsfestschreibung durch uns ablösen lassen. In der Annahme, dass bis dahin die Zinsen gestiegen sein werden, vereinbaren Sie am 30. März 2014 die Zinsfestschreibung für dieses Darlehen nach dem aktuellen Zinssatz vom 30. März 2014. Ausgezahlt wird das Darlehen am 1. April 2017.

Für die Inanspruchnahme eines BFS-Forwarddarlehens zahlen Sie auf die jeweils aktuellen Zinssätze für Festzinsdarlehen lediglich eine geringe Forwardprämie. Die

maximale Zinsfestschreibungsfrist liegt bei 10 Jahren. Eine Bereitstellungsprovision bis zum vereinbarten Abruftermin fällt nicht an. Die Auszahlung erfolgt zu 100 %. Das Angebot gilt für Darlehen ab 250.000,00 EUR.

Haben Sie Interesse, eine solche Lösung für sich kalkulieren zu lassen? Dann wenden Sie sich bitte an Ihren Kundenberater in Ihrer BFS-Geschäftsstelle. Er wird mit Ihnen gemeinsam die Zinsentwicklung analysieren und prüfen, unter welchen Voraussetzungen ein Forwarddarlehen für Sie sinnvoll ist.

Vortragsveranstaltungen im April 2014

- Thema:** Corporate Compliance – unmöglich und doch unerlässlich
Wie Sie sich und Ihre Organisation vor rechtlichen Risiken schützen können
- Referent:** Christian Koch, Geschäftsführer npo consult, Bonn
- Termin:** Dienstag, 1. April 2014, 15:00 Uhr
- Veranstalter:** Geschäftsstelle Essen
- Ort:** Essen
- Thema:** Aktuelle rechtliche Fragestellungen der Sozialwirtschaft
Mittwoch, 9. April 2014
Get together
12:30 Uhr
13:00 Uhr
Aktuelle Fragestellungen des Arbeitsrechts
- Referent:** Dirk Helge Laskawy, Fachanwalt für Arbeitsrecht, Aderhold Rechtsanwalts-gesellschaft GmbH, Leipzig
- 15:00 Uhr
Corporate Compliance – unmöglich und doch unerlässlich
Wie Sie sich und Ihre Organisation vor rechtlichen Risiken schützen können
- Referent:** Christian Koch, Geschäftsführer npo consult,

Bonn
Veranstalter: Geschäftsstellen Magdeburg und Erfurt
Ort: Magdeburg
Thema: Pflegeheimsanierung nach Maß
Referent: Ulrich Schartow, Geschäftsführer der IS Immobilien Service GmbH, Köln
Termin: Donnerstag, 10. April 2014, 15:00 Uhr
Veranstalter: Geschäftsstellen Karlsruhe und Stuttgart
Ort: Ettlingen
Thema: BFS-Fachtagung Altenhilfe
Termin: Donnerstag, 10. April 2014
10:00 Uhr Eintreffen der Teilnehmer
10:15 Uhr Neue Wohnformen im Alter – Ambulant betreute Wohngemeinschaften verstehen im Kontext des Angebotswandels
Referent: Britta Klemm, IS Immobilien Service GmbH, Köln
11:15 Uhr Ambulant betreute Wohngemeinschaften in der Praxis
Referentin: Eve Fichtner, Bereichsleiterin für Westsachsen/Thüringen, Advita Pflegedienst GmbH
12:30 Uhr Mittagspause
13:15 Uhr Mehr als ein Pflegeheim – Entwicklung von Quartieren für die Generation 60plus
Referent: Thomas Eisenreich, Vorstand der Evangelischen Stiftung Alsterdorf, Hamburg
14:45 Uhr Kaffeepause
15:00 Uhr Baurechtliche Grundlagen, räumliche Anforderungen, Baukosten und Planungsbeispiele für ambulant betreute Wohngruppen
Referent: Marco Kelle, Geschäftsführer PlanKonzept GmbH, Sandersdorf
Veranstalter: Geschäftsstellen Leipzig und Dresden
Ort: Dresden

Wenn Sie an einer dieser Veranstaltungen teilnehmen möchten, melden Sie sich bitte direkt bei der jeweiligen Geschäftsstelle an.

Fachtagung: Steuerung von Krankenhäusern in einem sich ändernden Marktumfeld

Die vielfältigen Veränderungen im Marktumfeld von Krankenhäusern fordern in einem zunehmenden Maße unternehmerische Lösungen. Dabei wird eine leistungs- und anpassungsfähige Steuerung immer wichtiger für die Kliniken. Dieses Themenfeld beleuchtet die Fachtagung „Steuerung von Krankenhäusern in einem sich ändernden Marktumfeld“, zu der die Bank für Sozialwirtschaft gemeinsam mit der Bayerischen Krankenhausgesellschaft am 25. März 2014 nach München einlädt.

Experten aus Wissenschaft, Beratung, Finanzwirtschaft und Krankenhauspraxis berichten dort über die maßgeblichen Entwicklungen und die damit verbundenen Herausforderungen für die Unternehmenssteuerung. Im Mittelpunkt stehen Impulse für die zukunftsfähige Ausrichtung des Leistungsportfolios, die Sicherung der Finanzierung, die Optimierung von Prozessen und das Personalmanagement. Insbesondere richtet sich der Blick auf die Anforderungen in Bayern. Unter anderem referiert **Prof. Dr. Harald Schmitz, Generalbevollmächtigter der Bank für Sozialwirtschaft AG**, zum Thema **Steuerung mit Blick nach vorne: Herausforderungen und Strategien für Krankenhäuser aus Sicht einer Fachbank**. Das vollständige Programm und die Anmeldeinformationen finden Sie unter www.bik-beratung.de/seminare.

4. Ökumenischer Stiftungstag

Unter dem Motto „Stiften mit Herz und Verstand“ steht der 4. Ökumenische Stiftungstag, der am 21. März 2014

in Nürnberg stattfindet. Die für Teilnehmer kostenlose Veranstaltung richtet sich an Stiftungen aus dem konfessionellen Bereich. In drei jeweils halbstündigen Runden können sich Interessenten über je vier unterschiedliche Themen informieren. Zum **Anlagenotstand bei Stiftungen** referiert hier **Anton Bonnländer, Bereichsleiter Handelsgeschäfte der Bank für Sozialwirtschaft AG**. Im Mittelpunkt steht die Frage, wie eine niedrige Zinslandschaft Stiftungsziele gefährden kann. Die **Bank für Sozialwirtschaft AG ist zudem Sponsor der Veranstaltung**. Nähere Informationen: www.oekumenische-stiftungsinitiative.de/stiftungstag.html.

ALTENPFLEGE 2014

Die Leitmesse der Pflegewirtschaft findet in diesem Jahr vom 25. bis 27. März 2014 in Hannover statt. Rund 700 Aussteller sind gebucht; ein umfangreiches Kongressprogramm zu den aktuellen Fragen rund um die Versorgung pflegebedürftiger Senioren erwartet die Besucher. Messe, Kongress und weitere Angebote wie z. B. ein Karrierecenter und ein „Tag der Wohnungswirtschaft“ richten sich an alle Fach-, Führungs- und Leitungskräfte in der Altenhilfe. Die insgesamt 36 Vorträge auf dem Pflege-Kongress und dem Management-Kongress widmen sich zentralen Themen aus Praxis und Management – etwa dem Fachkräftemangel, dem Personalmanagement, der Teamentwicklung und der Pflege-Transparenzvereinbarung. **Die Bank für Sozialwirtschaft AG ist auch in diesem Jahr als Ausstellerin dabei. Wir freuen uns auf Ihren Besuch an unserem Stand F 08 in Halle 24.**

50 Jahre Aktion Mensch

Im Jahr 2014 feiert die Aktion Mensch ihr 50-jähriges Jubiläum. Unter dem Motto „Schon viel erreicht – noch

viel mehr vor“ lädt sie Verbände der Behindertenhilfe und –selbsthilfe ein, sich mit einer Veranstaltung zum Thema Inklusion am 5. Mai 2014, dem Europäischen Protesttag für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen, zu beteiligen. Im Rahmen der Förderaktion „Noch viel mehr vor – die Förderaktion zum Jubiläum“ werden Aktionen, die zwischen dem 26. April 2014 und dem 11. Mai 2014 stattfinden, mit bis zu 5.000 Euro gefördert. Die Antragstellung ist ab 1. April 2014 über www.aktion-mensch.de/foerderaktion möglich. Weitere Informationen rund um den 5. Mai finden Sie unter www.aktion-mensch.de/5mai.

Stiftungssektor wächst weiter

Ungeachtet der anhaltenden Niedrigzinsphase ist der Stiftungssektor in Deutschland im Jahr 2013 weiter gewachsen: 638 rechtsfähige Stiftungen bürgerlichen Rechts wurden im letzten Jahr ins Leben gerufen. Das ist ein Wachstum um 3,1 % (2012: +3,2 %). Damit überstieg die Zahl der rechtsfähigen Stiftungen erstmals die 20.000-er-Marke (31.12.2013: 20.150). Das gab der Bundesverband Deutscher Stiftungen Anfang Februar 2014 in Berlin bekannt. Verstärkt etablieren sich auch alternative Stiftungsformen, z. B. bei kleineren Vermögen Zustiftungen und Treuhandstiftungen.

Die meisten Neugründungen verzeichnete der Verband im Jahr 2013 erneut in Nordrhein-Westfalen (131), wo es auch insgesamt die meisten rechtsfähigen Stiftungen bürgerlichen Rechts gibt (3.902). Bezogen auf die Einwohnerzahlen liegt der Stadtstaat Hamburg vorne: Hier kommen auf 100.000 Einwohner 75 Stiftungen; bundesweit sind es 25. Die Großstadt mit der höchsten Stiftungsdichte in Deutschland ist Würzburg mit 90 Stiftungen auf 100.000 Einwohner. Weitere Informationen: www.stiftungen.org

Aktuelle BFS-Publikationen als Abonnement oder zum Download

Unter BFS-Publikationen finden Interessenten auf der Website www.sozialbank.de Veröffentlichungen, die aktuelle Fragestellungen für Führungskräfte aus Unternehmen der Sozial- und Gesundheitswirtschaft aufgreifen – teilweise mit einer sehr breiten Themenvielfalt, teilweise fokussiert auf eine Einzelbranche. Drei Beispiele stellen wir Ihnen heute vor:

trend informationen für Führungskräfte der Sozialwirtschaft

Die monatlich erscheinende Online-Publikation greift interessante Entwicklungen und Erkenntnisse abseits des Tagesgeschäfts der Sozialwirtschaft auf. Die BFS-Redaktion berichtet über wissenschaftliche Studien und (Pilot-) Projekte, über Konferenzen und Initiativen, die Impulse für die Arbeit von Führungskräften liefern können. Das Themenspektrum reicht von Gesellschaft, Arbeitsmarkt, Bildung, Gesundheit und Ökologie bis hin zu Management und Technologie. Auch internationale Aspekte werden behandelt. Jede Ausgabe endet mit der Rezension eines lesenswerten Sachbuchs.

Die aktuellen **trend informationen** 2/2013 enthalten u. a. Berichte über den Beitrag des „Instituts der deutschen Wirtschaft“ zur aktuellen Debatte um die Zuwanderung und über eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung zum Thema „Pflege zwischen Familie, Markt und Staat“. Außerdem informierten sie über die Europäische Konferenz zum sozialen Unternehmertum am 16./17. Januar 2014 in Straßburg. Die Buchbesprechung widmet sich der Nicolas-Berggruen-Biografie „Die Robin-Hood-Falle“ von Thomas Veszels. Die **trend informationen** werden als monatlicher Newsletter versandt und können unter www.sozialbank.de/337 abonniert werden.

Überarbeitete Neuauflage: Arbeitshilfe „Ambulant betreute Wohngemeinschaften“

In den letzten Jahren haben ambulant betreute Wohngemeinschaften an Bedeutung für das Wohnen und die Pflege von Senioren gewonnen. Gleichzeitig haben sich die Rahmenbedingungen für diese Versorgungsform erheblich verändert, insbesondere durch neue Regelungen in der Sozialen Pflegeversicherung und in den Heimgesetzen der Bundesländer. Über den aktuellen Stand informiert die **Arbeitshilfe „Ambulant betreute Wohngemeinschaften“** der Bank für Sozialwirtschaft.

Sie zeigt auf, welche Varianten der Wohnform es gibt und welche Potenziale darin liegen. Sie betrachtet die rechtlichen Betriebs- und die baulichen Funktionsvoraussetzungen, die Versorgungssicherheit sowie Aspekte der Marktfähigkeit. Zudem werden die Finanzierungsmöglichkeiten beleuchtet. Die **Arbeitshilfe „Ambulant betreute Wohngemeinschaften“** von Markus Sobottke, Leiter Research der BFS, steht auf der Website der BFS unter www.sozialbank.de/379 zum kostenlosen Download zur Verfügung.

Konzeptheft „Corporate Compliance“

Corporate Compliance bezeichnet die umfassende Einhaltung aller rechtlichen Regelungen in einer Organisation. Die damit verbundenen Anforderungen betreffen gemeinwohlorientierte Organisationen ebenso wie Großunternehmen.

Im Auftrag der BFS haben Christian Koch, Geschäftsführer der npo consult, Bonn, und Thomas von Holt, Rechtsanwalt und Steuerberater, Bonn, die theoretischen Anforderungen an eine „Corporate Compliance“ in der Sozialwirtschaft formuliert und praktische Hilfestellungen für ihre Einführung entwickelt. Das Ergebnis ist das Konzeptheft „Corporate Compliance“, das unter www.sozialbank.de/380/ zum kostenlosen Download zur Verfügung steht.

Qualität in der Pflege – was ist das?

Die Debatte um die Qualität von Pflege wird von Leistungserbringern und Politik ebenso wie von Betroffenen und Angehörigen seit einigen Jahren intensiv geführt. Dabei steht nicht nur die mangelnde Aussagekraft der Pflegenoten in der Kritik, sondern auch die weitgehend fehlende Abstimmung zwischen den Prüfinstanzen. Einige Träger reagieren darauf mit der Entwicklung eigener Qualitätskonzepte, andere richten sich nur nach den externen Anforderungen. Grund genug für das Kuratorium Wohnen im Alter (KWA), sein 12. Symposium, das am 11. Februar 2014 in Berlin stattgefunden hat, unter das Motto „Qualität, die ich meine – worauf es in der Pflege ankommt“ zu stellen.

Vertreter/innen aus Wissenschaft und Praxis sowie Bewohner/innen aus zwei KWA-Wohnstiften waren zum kritischen Diskurs gefordert. Schon in der Einführung von Dr. Stefan Arend, Vorstand des KWA, wurde deutlich, welche Entwicklung das Thema „Qualität in der Pflege“ in den letzten 20 Jahren genommen hat – und dass um die Qualität schon immer gerungen wurde. Kein Wunder: Qualität „die ich meine“ muss zunächst einmal von der Person her gedacht werden. Unabhängig vom Pflegebedarf spielen hier Aspekte wie Sicherheit, Selbstbestimmung und Teilhabe eine entscheidende Rolle. Am wichtigsten ist es, in jeder Phase des Alters als Individuum akzeptiert und respektiert zu werden.

„Was Qualität ist, bestimmt der Kunde.“ Von diesem ambivalenten Satz ausgehend, betrachtete Prof. Dr. Andreas Lob-Hüdepohl, Katholische Hochschule für Sozialwesen Berlin, unter anthropologisch-theologischen Aspekten die Bedeutung des Alterns. Die Qualitätsdebatte bewege sich zwischen subjektiven Befindlichkeiten und objektiven Kriterien. Schwierig dabei sei, dass objektive Kriterien für Lebensqualität kaum messbar seien. Daher müsse eine Verständigung darüber stattfinden, mit welcher Pflegequalität die Lebensqualität von Pflegebedürftigen gesichert und gesteigert wer-

den kann. Zur Souveränität im Alter gehöre es, Abhängigkeiten ertragen zu können, ohne dabei das Selbstbewusstsein zu verlieren. Lob-Hüdepohl plädierte dafür, das Leben so zu leben, wie es zur jeweiligen Lebensphase gehört.

Den Kontrapunkt zu diesen eher philosophischen Ausführungen setzte Martin Hölscher, IS Immobilien-Service GmbH, mit seinem Vortrag zum Thema „Qualität – was zählt für eine Bank bei der Finanzierung von Pflegeeinrichtungen“. Hier bekamen die rund 60 Teilnehmer/innen einen Überblick darüber, warum die Bank für Sozialwirtschaft nicht nur an Zahlen interessiert ist, sondern bei einem Finanzierungsvorhaben verschiedenste Aspekte eine Rolle spielen. Dazu zählen u. a. interne Qualitätsziele der Einrichtung, die Wohnqualität, die Qualität des Arbeitsumfeldes für die Mitarbeiter/innen und die Erfüllung funktionaler und formaler Qualitätsanforderungen.

„Es fehlt ein einheitliches Verständnis darüber, was gute Pflege ist.“ Zu diesem Fazit kam Prof. Dr. Stefan Görres vom Institut für Public Health und Pflegeforschung an der Universität Bremen mit Blick auf die aktuellen Diskussionen. Er forderte statt nationaler lokale Lösungen, die sozialraumbezogen, vernetzt und bedarfsgerecht angelegt sind und die dezentral gesteuert werden. Er plädierte für eine Konzeption neuer Versorgungsformen, die an der regionalen Unterschiedlichkeit orientiert sein müssten. Dafür seien auch geänderte ordnungs- und leistungsrechtliche Rahmenbedingungen erforderlich.

„Was soll Herr Laumann auf seine Agenda setzen?“ Diese Frage richtete Prof. Dr. Thomas Klie, Evangelische Hochschule Freiburg, in der abschließenden Podiumsdiskussion an jeden Referenten. Karl-Josef Laumann ist als Staatssekretär im Bundesministerium für Gesundheit Bevollmächtigter der Bundesregierung für Patienten und Pflege. Um eine nachhaltige Wirkung seines Symposiums zu erreichen, veröffentlicht das KWA freigegebene Zitate aus den Forderungen auf seiner Facebook-Seite <https://www.facebook.com/kwa.wohnstifte>.

Neuregelung der EU-Berufsanerkennungsrichtlinie in Kraft getreten

Nach zweijährigen Verhandlungen zwischen Europäischem Parlament, Rat und Kommission ist im Januar 2014 die reformierte EU-Berufsanerkennungsrichtlinie in Kraft getreten. Durch moderne und transparente Regeln soll sie die Beschäftigungschancen im EU-Binnenmarkt erhöhen. Die Richtlinie zielt auf die grenzüberschreitende Anerkennung erworbener Berufsqualifikationen und erleichtert so die EU-weite Mobilität von Berufstätigen. Für sieben Berufsgruppen, darunter Ärzte, Krankenpflegekräfte und Hebammen, werden aufgrund koordinierter Mindestanforderungen die Ausbildungsnachweise bereits EU-weit automatisch anerkannt. Für alle anderen Berufe gibt es mangels Harmonisierung keine automatische Anerkennung. Die Mitgliedstaaten können daher Ausgleichsmaßnahmen wie z. B. Anpassungslehrgänge oder Eignungsprüfungen als Bedingung für die Anerkennung vorsehen.

Europäischer Berufsausweis und öffentliche Datenbank

Durch die Neuregelung wird ein Europäischer Berufsausweis eingeführt, der die Anerkennungsverfahren vereinfachen soll. Der Berufsausweis soll auf Antrag des Berufsangehörigen nach Einreichung der erforderlichen Unterlagen sowie Abschluss des entsprechenden Überprüfungsverfahrens durch die zuständige Behörde ausgestellt werden. Vorgesehen ist die Ausstellung eines Ausweises für Berufsgruppen, die zumindest ein Potenzial für eine signifikante Mobilität aufweisen und die in einer hinreichenden Zahl von Mitgliedstaaten reglementiert sind, z. B. Sozialarbeiter und handwerkliche Berufe.

Durch eine von der Europäischen Kommission einzurichtende öffentliche Datenbank soll zudem mehr Transparenz hergestellt werden. Die Datenbank soll die derzeit ca. 800

reglementierten Berufe in der EU abdecken und inhaltlich beschreiben. Die Mitgliedstaaten haben dazu entsprechende Berufsverzeichnisse an die Kommission zu übermitteln.

Vorwarnsystem im Gesundheitsbereich

Eine weitere Neuerung betrifft die Einrichtung eines Vorwarnsystems für Gesundheitsberufe. Danach ist ein Mitgliedstaat verpflichtet, innerhalb von drei Tagen die zuständigen Behörden der anderen Mitgliedstaaten zu informieren, wenn gegen einen Berufstätigen eines Gesundheitsberufes – nach der Richtlinie u. a. Arzt, Facharzt, Krankenschwester/Krankenpfleger, Hebamme, Apotheker – ein Berufsverbot oder Berufsausübungsbeschränkungen angeordnet werden. So soll im Sinne des Patientenschutzes sichergestellt werden, dass derartige Berufsverbote nicht durch einen Wechsel in einen anderen Mitgliedstaat umgangen werden können.

Ausbildungsanforderungen für Krankenpflege

In Deutschland hatte vor allem die ursprünglich vorgesehene Anhebung der Mindestanforderungen auf 12 Schuljahre als Zugangsvoraussetzung für die Krankenpflegeausbildung für Diskussionen gesorgt. Diesbezüglich wurde eine Kompromissregelung getroffen, wonach neben einer akademischen Ausbildung nach zwölf Schuljahren auch eine berufsschulische Ausbildung nach mindestens zehn Jahren allgemeiner Schulbildung möglich ist. Damit ist das deutsche Modell der dualen Krankenpflegeausbildung auch weiterhin nach europäischem Recht zulässig. Die Mitgliedstaaten müssen die neuen Vorschriften nun in nationales Recht umzusetzen; die zweijährige Umsetzungsfrist endet im Januar 2016.

Möchten Sie mehr wissen? Bitte informieren Sie sich in unserem Fachinformations-Service EUFIS (www.eufis.eu). Ihr Kontakt für Fragen: Henning Braem, bfseu@eufis.eu.



Wohnen im Alter – Alternative zur stationären Pflege

Die Meinung zur stationären Pflege als alleiniger Versorgungsmöglichkeit im Alter befindet sich im Wandel. Es ist feststellbar, dass ursprünglich geplante stationäre Pflegeeinrichtungen aus verschiedenen Gründen nicht mehr realisiert, sondern alternative Versorgungsangebote für Senioren gesucht werden. Parallel dazu stellt sich für Betreiber stationärer Pflegeeinrichtungen die Frage, welche Konzepte für ihre Expansion nachhaltig sind und gegebenenfalls eine sinnvolle Ergänzung zu bestehenden Angeboten darstellen.

Das Seminar befasst sich mit der Entwicklung, der Planung, Realisierung und dem Betrieb alternativer Wohnformen für das Alter. Die Veranstaltung spannt den Bogen über Themen wie Markt- und Standortanalyse, Konzeptentwicklung, betriebswirtschaftliche Aspekte, rechtliche Grundlagen, kosten- und qualitätsbewusste Planung, schadensfreies Bauen, wirtschaftlicher und nachhaltiger Betrieb und Entwicklung von Versorgungsketten.

Die einzelnen Schritte einer Projektentwicklung bis zur Inbetriebnahme werden anhand praktischer Beispiele erläutert.

Auszüge aus dem Inhalt:

- Markt und Umfeldanalyse
- inhaltliche Konzeptentwicklung/Integration/Versorgungskette
- Verfahren zur Auswahl der Projektpartner (Planer, Finanzierung, Baupartner)
- Aspekte der nachhaltigen und kostenoptimierten Planung
- Kostenkennwerte, Ausstattungsmerkmale
- betriebswirtschaftliche Analyse und Kennwerte
- unterschiedliche Realisierungskonzepte

• Betriebsmodelle

Das Seminar spricht besonders Träger und Betreiber von stationären Pflegeeinrichtungen an, die Bedarf an neuen strategischen Konzepten haben, aber auch Projektentwickler, Architekten und Fachplaner. Es richtet sich an Träger und Betreiber von Pflegeeinrichtungen, die die Einrichtung oder Sanierung von Pflegeeinrichtungen planen bzw. die Wohn- und Lebensqualität im bestehenden Pflegeheim durch entsprechende Gestaltung verbessern wollen und sich über neueste Entwicklungen im Bereich der ambulanten und stationären Pflege informieren wollen.

Referenten: Dipl.-Ing. Ralf Weinholt, Prof. Kurt Dorn, Architekt, Dipl.-Betriebswirt (FH) / Holger Flügge, soleo* GmbH, Kaarst / Jan Grabow, Curacon GmbH, Düsseldorf

Termine und Orte: 01.04.2014 in Köln, 22.09.2014 in Berlin

Semindauer: 10:00 bis 17:00 Uhr / 1 Tag

Seminargebühr: 300,00 EUR zzgl. MwSt.

Planspiel Balanced Scorecard – Entwicklung eines individuellen Steuerungssystems für NPO

Das Interesse an der Balanced Scorecard (BSC) ist bei Non-profit-Organisationen sehr groß, weil dieser Controllingansatz erstmals auch nichtmonetäre Ziele einbezieht. Viele Verbände, Träger sozialer Arbeit und andere ideell motivierte Organisationen stehen vor der Entscheidung, ob sie die BSC einführen sollen. Die Entscheidungsträger stellen aber zu Recht einige kritische Fragen:

Auszüge aus dem Inhalt:

- Die BSC wurde für gewinnorientierte Unternehmen entwickelt. Kann sie sinnvoll auf NPO übertragen werden?
- Welche Anpassungen sind für meine konkrete Organisation erforderlich?



- Wie aufwändig wird die Einführung?
- Wie genau läuft die Entwicklung der BSC ab?
- Mit welchen Schwierigkeiten muss ich rechnen?

Nach einer Einführung in die Entstehung und Theorie der BSC wird in einem Planspiel die Einführung der BSC modellhaft durchlaufen. Zu allen Phasen der Einführung werden Checklisten und Arbeitshilfen angeboten.

Das Seminar setzt die Bereitschaft zur aktiven Mitarbeit voraus. In kleinen Gruppen werden Lösungsvorschläge für ausgewählte Organisationen entwickelt.

Ziel der Veranstaltung ist nicht, dass Sie eine fertige BSC für Ihre Organisation mitnehmen, denn diese kann nur gemeinsam mit den betroffenen Personen entwickelt werden. Ziel ist vielmehr, dass Sie im Zeitraffer den Einführungsprozess in Kleingruppen erleben und somit die spätere Transferleistung erleichtert wird.

Referent: Christian Koch, Diplom-Kaufmann, Unternehmensberater, npo-consult, Bonn

Termine und Orte: 02./03.04.2014 in Berlin,
04./05.11.2014 in Köln

Seminardauer: 10:00 bis 17:00 Uhr / 2 Tage

Seminargebühr: 475,00 EUR zzgl. MwSt.

Die Mitbestimmung des Betriebsrates im Tendenzbetrieb

Viele Einrichtungen der Sozialwirtschaft sind Tendenzbetriebe. Denn sie verfolgen besondere, gesetzlich als schutzwürdig definierte Zwecke, beispielsweise karitative oder erzieherische Zwecke. In Tendenzbetrieben sind verschiedene Rechte des Betriebsrates eingeschränkt. Der Betriebsrat muss beispielsweise nur angehört werden, hat aber kein inhaltliches Mitbestimmungsrecht. Die Einschränkung der Mitbestimmungsrechte des Betriebsrates gilt meist dann, wenn der von

der geplanten Maßnahme betroffene Arbeitnehmer Tendenzträger ist, also selbst die Tendenzzwecke der Einrichtung umsetzt. Für Einrichtungen der Sozialwirtschaft ist es daher wissenswert, ob ihre Einrichtung ein Tendenzbetrieb ist und wer als Tendenzträger angesehen werden kann.

Außer den Voraussetzungen für die Anerkennung als Tendenzbetrieb und Tendenzträger stellt das Seminar im Überblick die Einschränkungen der Mitbestimmungsrechte des Betriebsrates in allen Bereichen des Betriebsverfassungsgesetzes dar. Da der Betriebsrat bei Arbeitnehmern, die nicht Tendenzträger sind, die vollen Mitbestimmungsrechte hat, wird im Seminar parallel auch die Mitbestimmung des Betriebsrates in Betrieben ohne Tendenzzweck im Überblick dargestellt. So entsteht für den Teilnehmer ein plastisches Bild von den Besonderheiten im Tendenzbetrieb.

Auszüge aus dem Inhalt:

- Voraussetzung der Anerkennung als Tendenzbetrieb, insbesondere tendenzgeschützte Zwecke
- Kriterien für die Anerkennung als Tendenzträger
- Kriterien für das Erkennen einer tendenzbezogenen Maßnahme
- Die Mitbestimmung des Betriebsrates im Tendenzbetrieb,
- Abgleich zur Mitbestimmung in anderen Betrieben/bei Nicht-Tendenzträgern.

Das Seminar richtet sich an Geschäftsführer, Vorstandsmitglieder, Personalleiter und sonstige Personalbeauftragte in Einrichtungen der Sozialwirtschaft.

Referentin: Sandra Meinke, Rechtsanwältin und Fachanwältin für Arbeitsrecht, Barkhoff & Partner, Bochum

Termine und Orte: 02.04.2014 in Berlin, 25.09.2014 in Köln

Seminardauer: 10:00 bis 17:00 Uhr / 1 Tag

Seminargebühr: 300,00 EUR zzgl. MwSt.



Rechnungswesen für Entscheidungsträger
Dauer: 1 Tag Gebühr: € 300,00
25.03.2014 – Hamburg

Geschäftsbrieftage – die Visitenkarte Ihres Hauses
Dauer: 2 Tage Gebühr: € 475,00
25./26.03.2014 – Berlin

Perfekt im Office – moderne Büroorganisation für Profis
Dauer: 2 Tage Gebühr: € 475,00
26./27.03.2014 – Köln

Führung und Persönlichkeit
Dauer: 2 Tage Gebühr: € 575,00
26./27.03.2014 – Köln

Wohnen im Alter – Alternative zur stationären Pflege
Dauer: 1 Tag Gebühr: € 300,00
01.04.2014 – Köln

Erfolgreiche Führung – Umgang mit Demotivation und kontraproduktivem Arbeitsverhalten
Dauer: 1 Tag Gebühr: € 300,00
02.04.2014 – Köln

Die Mitbestimmung des Betriebsrates im Tendenzbetrieb
Dauer: 1 Tag Gebühr: € 300,00
02.04.2014 – Berlin

Planspiel Balanced Scorecard
Dauer: 2 Tage Gebühr: € 475,00
02./03.04.2014 – Berlin

Selbstmarketing – zeigen Sie Profil!
Dauer: 2 Tage Gebühr: € 575,00
07./08.04.2014 – Köln

Der beste ambulante Pflegedienst
Dauer: 1 Tag Gebühr: € 300,00
08.04.2014 – Köln

Kostenrechnung für ambulante Pflegedienste
Dauer: 1 Tag Gebühr: € 300,00
09.04.2014 – Köln

Führung heute – ein Check-up für Führungskräfte

Dauer: 2 Tage Gebühr: € 575,00
09./10.04.2014 – Berlin

Mitarbeitergewinnung und -bindung in der Pflege
Dauer: 1 Tag Gebühr: € 300,00
28.04.2014 – Berlin

Europa vor Ort: EU-Fördermittel für sozialwirtschaftliche Projekte
Dauer: 2 Tage Gebühr: € 475,00
28./29.04.2014 – Köln

Förder-„Special“: Die neuen Europäischen Fördermittel für die Sozialwirtschaft
Dauer: 1 Tag Gebühr: € 300,00
30.04.2014 – Köln

Finanz- und Liquiditätsplanung in sozialwirtschaftlichen Einrichtungen
Dauer: 1 Tag Gebühr: € 300,00
13.05.2014 – Köln

Die GmbH-Geschäftsführung in der steuerbegünstigten GmbH
Dauer: 1 Tag Gebühr: € 300,00
14.05.2014 – Berlin

Bauherrenaufgaben bei der Vorbereitung und Durchführung von Bauvorhaben
Dauer: 1 Tag Gebühr: € 300,00
14.05.2014 – Hamburg

Vergütungsstörungen und Forderungsmanagement im SGB V, SGB XI und SGB XII
Dauer: 1 Tag Gebühr: € 300,00
15.05.2014 – Köln

Gebäudemanagement für Führungskräfte – Werte erhalten, Abläufe optimieren und Kosten senken
Dauer: 1 Tag Gebühr: € 300,00
15.05.2014 – Berlin

Der Prokurist in der gemeinnützigen GmbH
Dauer: 1 Tag Gebühr: € 300,00
15.05.2014 – Berlin

Baukosten-Controlling

Dauer: 1 Tag Gebühr: € 300,00
15.05.2014 – Hamburg

Die Stiftungsgeschäftsführung
Dauer: 1 Tag Gebühr: € 300,00
21.05.2014 – Hamburg

Die GmbH-Auslagerung im steuerbegünstigten Sektor
Dauer: 1 Tag Gebühr: € 300,00
22.05.2014 – Hamburg

BFS Managementwoche – Intensivlehrgang für Führungskräfte der Sozialwirtschaft
Dauer: 5 Tage Gebühr: € 1.690,00
01.06. – 06.06.2014 – Berlin
19.10. – 24.10.2014 – Berlin

Professionelle Fördermittelakquise für Organisationen der Sozialwirtschaft
Dauer: 1 Tag Gebühr: € 300,00
02.06.2014 – Köln

Ambulant betreute Wohngemeinschaften
Dauer: 1 Tag Gebühr: € 300,00
06.06.2014 – Köln

Von der Kostenrechnung zur Managementinformation – Einführung in das operative Controlling
Dauer: 2 Tage Gebühr: € 475,00
23./24.06.2014 – Köln

SEPA-Lastschriften – die Praxis nach der Umstellung
Dauer: 1 Tag Gebühr: € 300,00
23.06.2014 – Nürnberg

Die Zukunft im Visier – Einführung in das strategische Controlling
Dauer: 1 Tag Gebühr: € 300,00
25.06.2014 – Köln

Rechnungslegungshinweise für WfbM unter besonderer Berücksichtigung des Arbeitsergebnisses
Dauer: 1 Tag Gebühr: € 300,00
30.06.2014 – Köln

Weitere Informationen: BFS Service GmbH, Im Zollhafen 5 (Halle 11), 50678 Köln,
Tel. 0221.97356-159 und -160, Fax 0221.97356-164
Das komplette, aktuelle Seminarangebot finden Sie unter www.bfs-service.de.

Sie erreichen uns auch über E-Mail. Unsere Adresse: bfs-service@sozialbank.de.
Die angegebenen Seminargebühren verstehen sich zuzüglich der gesetzlichen Mehrwertsteuer und sind für Non-Profit-Organisationen gültig.

Eine Million Bauherren gesucht – für den Bau der ersten vollumfassend behindertengerechten Sporthalle in Deutschland

Von der strategischen Fundraising-Planung bis zur Umsetzung

Der Bugenhagenschule der Evangelischen Stiftung Alsterdorf (ESA) in Hamburg fehlt schon seit Jahren eine ausreichend große Sporthalle für ihre 900 Schülerinnen und Schüler. In den im Umkreis angemieteten Hallen ist ein Sportunterricht für Schüler mit Behinderung kaum realisierbar. Daher wurde schon länger über ein Neubauprojekt gesprochen, das diesen Missstand beheben soll. Sporthallen sind jedoch, rein wirtschaftlich gesehen, keine einfach zu realisierenden Bauprojekte. Ob mit Fremd- oder Eigenmitteln: Die Rendite und der Cashflow sind ohne den Einsatz von Spendengeldern und/oder Fördermitteln der öffentlichen Hand nicht darstellbar. Da die Bugenhagenschulen unter das Privatschulgesetz fällt, entfällt die öffentlich-rechtliche Investitionsverpflichtung.

Freie und bebaubare Grundstücksflächen sind auf dem Gelände der Stiftung knapp. Mit dem Freizug eines alten Gebäudes, dem Gewinn einer Ausschreibung zum Betrieb eines Rechenzentrums durch die *akquinet outsourcing gGmbH* ergab sich in einem engen Zeitfenster die Möglichkeit, das Sporthallenprojekt zu realisieren. Das neu zu errichtende Rechenzentrum sollte laut Ausschreibungsbedingung unterirdisch errichtet werden. Dafür bot sich die Fläche der abzureißenden Einrichtung an. Auf dem Deckel des unterirdischen Rechenzentrums würde eine sichtbare Betonplatte verbleiben. So entstand die Idee, den Deckel als Fundament einer Dreifeld-Sporthalle zu nutzen.

Drei wesentliche Herausforderungen zum Start des Projekts waren:

1. Einen Kombibau aus Rechenzentrum und Sporthalle zu

planen und in einer Großstadt mit den diversen Planungswegen innerhalb von 3,5 Jahren umzusetzen – das gab es noch nicht. Zudem sollte die Abwärme des Rechenzentrums zur Gewinnung von Wärme für die Sporthalle genutzt werden.

2. Die Finanzierung aus Eigenmitteln der Stiftung, mit Spenden- und Fördermitteln musste kurzfristig und parallel zum Bau auf die Beine gestellt werden.

3. Über das Fundraising sollten rund 2,5 Millionen Euro eingeworben werden.

1. Stille Phase

Die stille Phase begann im Oktober 2011 und endete im Mai 2012 mit der anschließenden öffentlichen Phase des Fundraising-Projekts. Wesentliche Arbeitspakete der acht Monate waren:

- integrierte Projektentwicklung mit der Schule, dem Schul-Förderverein, Kooperationspartnern, potentiellen Hallennutzern, potentiellen Investoren, Bau- und Fachplanern, Bankpartnern und dem Fundraisingteam
- Entwicklung eines Alleinstellungsmerkmals der Halle und des Projekts mit starker Wirkungsorientierung und zentralen Kommunikationsbotschaften
- Einbindung des Projektes in das strategische Fundraising der Stiftung
- Aufbau einer Projektstruktur und Bereitstellung der dafür notwendigen Ressourcen
- Erarbeitung des Finanzierungskonzeptes (Businesspläne, Spendentabelle, Zwischenfinanzierungen etc.) und des Budgets
- Entwicklung des Fundraising-Konzepts sowie der notwendigen Kommunikationsmittel und der Projekt-Website
- Recherche und Ansprache von potentiellen Großförderern,

Aktueller Fachbeitrag

Investoren und Sportpartnern – Einbindung dieser in die Projektgestaltung

- Gewinnung von Botschaftern zur Unterstützung der Kampagne in der Öffentlichkeit
- Vorbereitung der öffentlichen Kampagne

Nutzungskonzept und Alleinstellungsmerkmal

Die nicht für den Schulsport benötigten Hallenzeiten (60 %) waren vorrangige kalkulatorische Basis für die einzuwerbenden Fundraisingmittel. Inhaltlich sollten diese Zeiten mit dem großen Ziel des Inklusionssports zusammen hängen. Neben dem Breitensport sind Nachwuchsstützpunkte, Feriencamps und Turnierveranstalter als Zielgruppen vorgesehen.

Das Alleinstellungsmerkmal der Halle und die sich daraus ergebenden Chancen, in Hamburg und Umgebung Förderer für das Projekt zu gewinnen, wurden definiert. Unser Vorhaben sah eine behindertengerechte Sporthalle vor. Bei Recherchen stellte das Team fest, dass es deutschlandweit keine Halle gibt, die für alle Behinderungsarten eine Nutzung ermöglicht. Aus dieser Erkenntnis sowie intensiven Gesprächen zu dem Bedarf Hamburger Sportvereine und –verbände entstand die Idee, die erste vollumfassend behindertengerechte Sporthalle zu planen und zu bauen. Dank guter Netzwerkarbeit standen in der Entwicklungs- und Planungsphase zahlreiche Fachleute aus der Sportszene bereit. Die umfassende Behindertengerechtigkeit der Halle als Grundlage für inklusive Sportangebote in Wohnortnähe war und ist damit das Alleinstellungsmerkmal der Sporthalle und des Projekts.

Daraus ergaben sich vier zentrale Fundraising-Botschaften:

1. Es wird die erste vollumfassend behindertengerechte Sporthalle Deutschlands gebaut. Für die besonderen baulichen Anforderungen und die Sonderausstattungen werden 2,5 Millionen Euro an Fördermitteln benötigt.

2. Durch Spender, Förderer und Sponsoren werden mietfreie Hallenzeiten für den Unified- und Behindertensport zur Verfügung gestellt.
3. Durch das bauliche Konzept und die gute verkehrstechnische Erreichbarkeit wird der Unified Sport gestärkt. Dafür werden innovative Sportangebote entwickelt.
4. Das Projekt ist ein Leuchtturm für die Metropolregion Hamburg und darüber hinaus.

Die Kommunikationsbotschaft sollte kurz und knapp erzählbar sein und wurde basierend auf den Alleinstellungsmerkmalen entwickelt. Im Laufe der gesamten Fundraisingkampagne wurde diese immer wieder nachgeschärft. Dies ist vergleichbar mit der Zusammenfassung eines zweiseitigen Zeitungsartikels auf vier bis fünf Zeilen. Wichtig ist, dass diese Botschaft weitererzählbar ist, denn die Botschafter und Unterstützer müssen ihr Engagement einfach, kurz und spannend weiterberichten.

Brand „1 Millionen Bauherren gesucht“

Die Entwicklung eines Markenzeichens ergab sich aus dem Engagement des Schul-Fördervereins. In diesem entstand die Idee, Legobausteine gegen eine Spende von mindestens 1 Euro zu „verkaufen“. Diese sollten mit dem Namen des Spenders versehen im Lego-Modell der Sporthalle verbaut werden. Das Modell im Maßstab 1:200 diente dabei als sichtbares Spendenbarometer. Die Kinder sollten bei vielen Gelegenheiten wie Stadtfesten, Sportveranstaltungen, etc. losziehen, um Spender für ihre Legobausteine zu gewinnen. Denn wer könnte die Notwendigkeit dieser Sporthalle besser erklären, als die Kinder selbst? Die Aktion ist das emotionale Herzstück der Kampagne und konnte sehr gut in die Gestaltung von Partnerschaften, z. B. mit dem 1. FC St. Pauli oder dem HSV Handball, eingebunden werden.

Projektorganisation

In der Planungsphase wurde entschieden, eine klassische

Aktueller Fachbeitrag

Projektorganisation einzurichten und eine für das Projekt zuständige Projektleitung einzustellen. Daneben wurde ein Projektleitungsteam mit Mitgliedern aus dem Vorstand, den Projektgruppen Schule, Bau und Fundraising / Öffentlichkeitsarbeit und Vermarktung gebildet und traf sich einmal wöchentlich. Zur Projektsteuerung und zum Projektcontrolling wurde ein Projekt-Dashboard gepflegt, das übersichtlich die anstehenden Aufgaben und deren Status für die einzelnen Projektgruppen aufzeigte.

Botschafter und Multiplikatoren

Die Gewinnung von bekannten Multiplikatoren und Botschaftern des Projekts wurde ebenfalls in der stillen Phase abgeschlossen. Gewonnen wurden u. a. Moritz Fürste (Hockey-Nationalspieler), Edina Müller (Rollstuhl-Basketball-Nationalspieler), Thorsten Schröder (Sprecher ARD-Tagesschau), Bernd Spies (Vizepräsident des FC St. Pauli), Helge Adolphsen (Hauptpastor Hamburger Michel i. R.) Die Aufgaben der Botschafter waren:

- Promotion des Vorhabens in der breiten Öffentlichkeit
- Unterstützung einzelner Veranstaltungen
- Door-Opener für die Ansprache relevanter Unterstützer
- Hilfestellung bei Unternehmenskooperationen durch gemeinsame mediale Aufmerksamkeit

Die Fundraisingkampagne wurde darüber hinaus durch ein sehr gutes Networking und dem aktiven Einsatz des Vorstands unterstützt. Multiplikatoren der Stiftung wie der Förderkreis der ESA oder der Stiftung nahestehende Persönlichkeiten wurden so frühzeitig involviert und regelmäßig über die Entwicklung des Projektes unterrichtet.

II. Öffentliche Phase

Die öffentliche Phase startete im Mai 2012 mit einer großen, medial begleiteten Auftaktveranstaltung unter Einbindung der Botschafter, der Projektpartner und von

Medienvertretern. Highlight war eine symbolische Grundsteinlegung der Halle im Legomodell.

Das in der stillen Phase erarbeitete Fundraising-Konzept wurde in dieser Phase umgesetzt und laufend nachgeschärft. Die gesamte Kampagne wurde intensiv von einer abgestimmten Presse- und Öffentlichkeitsarbeit begleitet, um eine möglichst aufmerksamkeitsstarke unterstützende Berichterstattung in den regionalen Medien zu erreichen.

Von Anfang an wurde ein Mix von Fundraising-Instrumenten geplant. Dazu gehörten u. a. Unternehmens- und Stiftungs Kooperationen, ein Großspender-Fundraising, ein Bildungsdarlehen sowie medienwirksame Veranstaltungen. Der Einsatz des Vorstands im Sinne eines Key-Accountings im Beziehungsmarketing der Kampagne hatte eine hohe Bedeutung. Viele Zugänge öffneten sich erst durch die Nutzung von neuen Kontakten und Netzwerken auf oberster Ebene der anzusprechenden Unternehmen und angesehener Persönlichkeiten Hamburgs.

Aktionen und Veranstaltungen

Die Einbindung der Botschafter und Schüler wurde in den folgenden 20 Monaten konsequent fortgesetzt. Bei vielen großen und kleinen Veranstaltungen waren die Schüler mit ihren Eltern unterwegs und sammelten Spenden für das Projekt. Kennzeichnend waren sie durch eigens für die Aktion produzierte T-Shirts. Die größte Herausforderung lag in der Motivation der Lehrer, Eltern und Schüler für die diversen Bausteinaktionen über einen so langen Zeitraum.

Kooperationen mit verschiedenen großen Sportveranstaltungen, Benefizveranstaltungen und andere Aktionen folgten. Die medienwirksamen Veranstaltungen und Aktionen wurden planmäßig über den Zeitraum der Kampagne verteilt, um das Projekt im Bewusstsein der Öffentlichkeit zu halten und den Bekanntheitsgrad zu steigern. Zudem wurde darauf geachtet, unterschiedliche Interessengruppen anzusprechen.

Dabei wurden vielfältige Formate von klassischen großen Hamburger Sportevents bis hin zu Partnerveranstaltungen in Einkaufszentren, Oldtimer-Events, Kabarett und Exklusivveranstaltungen für geladene Gäste gewählt. Je Monat fanden zwischen 1 und 3 kleine und große Aktionen statt. Ein Highlight war dabei die Teilnahme an den Cyclastics 2012 in Hamburg, bei dem die frisch gebackenen Olympiasieger des Hockeyteams zugunsten unseres Projektes mitfuhren und dabei von einem TV-Team begleitet wurden. Außerdem liefen unsere Kids bei jeweils einem ausgewählten Spiel des HSV-Handball und des 1. FC St. Pauli ein und machten so auf das Projekt aufmerksam.

Unternehmens- und Stiftungs Kooperationen

Neben Großspendern wurden auch Unternehmen und Stiftungen aktiv angesprochen. Die Globetrotter Ausrüstung GmbH war von der Idee des Projekts so fasziniert, dass das Unternehmen die Entwicklung einer für Menschen mit unterschiedlichen Behinderungen geeigneten Kletterwand und deren Installation übernahm. Aber auch andere Unternehmen engagierten sich aktiv, so z. B. die Euler Hermes Deutschland AG mit einer Matching-Fund-Aktion zugunsten einer Tribüne für den Behindertensport. Die Kampagne setzte von Anfang an auf längerfristige angelegte Unternehmenskooperationen, die den späteren Betrieb der Halle und des über eine Förderung der Stadt Hamburg hinzugekommenen Schulungszentrums Sport & Inklusion einbeziehen.

Das Bildungsdarlehen

Das Bildungsdarlehen entwickelte die Stiftung als neues Fundraising-Instrument. Die Idee ist, dass ein Darlehensgeber neben einer sozialen Geldanlage ein konkretes Leistungsversprechen erhält und sehr genau nachvollziehen kann, wie wir sein Geld anlegen. Mit einer Darlehenssumme von beispielsweise 10.000 Euro sichern wir ihm

zu, dass wir Behindertensportvereinen 180 Hallenstunden mietfrei zur Verfügung stellen. Das Bildungsdarlehen wird außerdem mit 2 % monetär verzinst. Weitere 4 % sogenannter ideeller Sozialrendite werden ebenfalls gewährt. Für diese rein rechnerische Größe verpflichtet sich die Stiftung, die Entwicklung des Themas Sport & Inklusion voranzutreiben. Über die Aktivitäten wird einmal im Jahr schriftlich berichtet und eine Bewertung in Euro vorgenommen. Mindestens fünf Jahre beträgt die Laufzeit des Darlehens. Ein (Teil-)Verzicht auf die Darlehenssumme zu Gunsten des Projekts ist jederzeit möglich, auch auf die monetäre Zinszahlung kann jederzeit verzichtet werden.

Durch die Darlehensgewährung in Form von mietfreien Sportstunden erhofft sich die Stiftung eine höhere Bindung der sozialen Investoren. Bei einer Rückzahlung müssten die nicht mehr refinanzierten Nutzungstunden durch eine kostenpflichtige Vermietung an Dritte kompensiert werden. Man kündigt nicht nur ein Darlehen, sondern nimmt den Menschen mit Behinderung zunächst Sportmöglichkeiten.

III. Inhaltlich wirkungsorientierte Entwicklung des Projektes

Mittels der Kampagne wurden nicht nur die benötigten Fundraisingmittel eingeworben. Zugleich ist das Thema „Inklusion im Sport“ in der Hamburger Öffentlichkeit und Politik angekommen und als gesellschaftliche Aufgabe der kommenden Jahre aufgenommen worden. Zudem wird ab Sommer 2014 eine Qualifizierungsinitiative „Inklusion im Sport“ gestartet, um die Ausbildung von Trainern zu befördern.

Die neue behindertengerechte Sporthalle wird im Frühjahr 2014 eröffnet werden.

Autoren: Thomas Eisenreich, Vorstand / Hanka Nagel, Leiterin Fundraising, Evangelische Stiftung Alsterdorf, Hamburg, www.alsterdorf-helfen.de